

LÖSUNGEN FÜR DIE REGIONEN ENTWICKELN

03. Februar 2026 Erstellt von Claudia Nowakowski, Regionalstelle Dresden



*Die Regionalleiter*innen des Paritätischen Sachsen sind im engen Austausch mit Mitgliedsorganisationen, Verwaltungen und Politik. Dabei gewinnen Netzwerke und konkrete Lösungsideen für regionale Fragen aus Sicht der Regionalleiter*innen noch mehr an Bedeutung, um die soziale Infrastruktur abzusichern.*

Fehlende Auszahlungen und Bürokratie belasten soziale Träger

Trotz beschlossenem Landeshaushalt für 2025/26 herrscht in den kreisfreien Städten und Landkreisen weiterhin Unsicherheit. Kommunale Haushalte sind teils noch nicht beschlossen oder warten auf die Genehmigung. Auszahlungen an freie Träger verzögern sich oder bleiben ganz aus. So warten beispielsweise einige Einrichtungen in Leipzig seit über zehn Monaten auf Gelder aus den Hilfen zur Pflege. Die entsprechenden Leistungen haben sie längst in Vorleistung erbracht. Gleichzeitig kündigte die Stadt Leipzig kurzfristig den Rahmenvertrag mit Kita-Trägern, um durch eine neue Vereinbarung Kürzungen zu erzielen. Diese Unklarheiten gefährden die Liquidität freier Träger und schränken deren Handlungsfähigkeit stark ein.

Hinzu kommen längere Bearbeitungszeiten durch überlastete Verwaltungen. Mehraufgaben oder der geplante Abbau von Stellen verstärken dieses Problem. Komplizierte Verfahren und ineffiziente Bürokratie erschweren die Arbeit zusätzlich. Selbst geplante Verwaltungsvereinfachungen führen am Ende zu Mehraufwand, wie das Beispiel eines neuen Modells für Fachleistungsstunden in der ambulanten Jugendhilfe in Dresden zeigt. Auch die Einführung einer aufwändigen Spitzabrechnung in der Schulsozialarbeit resultiert bei den freien Trägern und der öffentlichen Verwaltung in enormer Zusatzarbeit. Die Zielgruppen der Maßnahmen profitieren davon nicht.

Seit längerem weist der Paritätische Sachsen auf Hürden hin, die unnötigen Aufwand und unnütze Kosten für alle Beteiligten mit sich bringen. Gezielte Entlastungen durch die Digitalisierung von Prozessen, klare Standards und verbindliche Zeitrahmen für Verwaltungsprozesse können hier Abhilfe schaffen.

Finanzielle Lage der Kommunen gefährdet soziale Versorgung

Der finanzielle Druck auf die Kommunen bleibt indes hoch. In Chemnitz etwa besteht die Haushaltssperre trotz genehmigtem Stadthaushalt fort und führt zu Einschnitten in der Kinder- und Jugendhilfe. Auch im Kitabereich sind Einsparungen geplant, obwohl es sich dabei um eine gesetzliche Pflichtaufgabe handelt. Ab 2026 könnten zudem freiwillige und sozialmedizinische Leistungen betroffen sein.

In Mittelsachsen steht die Haushaltsgenehmigung noch aus. Im Landkreis Görlitz wurde der Entwurf abgelehnt. Ob zusätzliche Landesmittel fließen, ist unklar. Diese Unsicherheiten erschweren den Trägern verlässliche Planungen, Projekte stocken oder fallen ganz weg. In Dresden gab es 2025 massive Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Zahlreiche Angebote sind betroffen. Rund 50 Vollzeitstellen fallen bis Jahresende weg.

Nun soll ein Erlass des Innenministeriums die Schuldenaufnahme erleichtern, um Investitionen und soziale Leistungen trotz angespannter Haushaltslage abzusichern. Doch diese Kredite lösen das Grundproblem nicht, denn ein Großteil der kommunalen Ausgaben entfällt auf Pflichtaufgaben. Deren Umfang können Kommunen kaum beeinflussen. Mit Sparmaßnahmen lassen sich die Defizite nur begrenzt ausgleichen.

Daniel Fuchs, Bereichsleiter der Regionalgeschäftsstellen des Paritätischen Sachsen, begrüßt die erleichterte Schuldenaufnahme und mahnt gleichzeitig Reformen an: „Die Möglichkeit höherer Kassenkredite verschafft kurzfristig etwas Luft und ist eine Übergangslösung. Langfristig müssen jedoch strukturelle Fragen wie Bürokratie und finanzielle Verantwortung geklärt werden. Es braucht eine stärkere Beteiligung von Bund und Land an den Sozialausgaben und eine ausgewogenere Finanzierung der Kita-Betriebskosten.“

Lösungen für das Spannungsfeld zwischen Ressourcen und Fachlichkeit finden

Die Regionalleiter*innen des Paritätischen Sachsen sind in den Landkreisen unterwegs und in ständigem Kontakt mit Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen und anderen Wohlfahrtsverbänden konnten vereinzelt Kürzungen abgewendet werden. Die zunehmend eingeschränkten Handlungsspielräume der Kommunen erschweren jedoch die Lösungsfindung. Obwohl offene Briefe, gemeinsame Positionen, Gespräche und Demonstrationen Einschnitte teilweise verhindern konnten, wird das in Zukunft schwerer werden.

„Öffentlicher Dialog und gemeinsames Handeln sind wichtiger denn je. Abgestimmtes Vorgehen auf Landes- und kommunaler Ebene gewinnt an Bedeutung. Träger sind stärker gefordert, ihre Leistungen über die eigene Zielgruppe hinaus für die gesamte Region darzustellen. Um Einschnitte in der sozialen Infrastruktur zu vermeiden, werden wir auch konkrete Vorschläge zu

Verwaltungsvereinfachungen machen müssen, mit denen die öffentliche Hand Kosten sparen kann“, beschreibt Daniel Fuchs einige Ansätze für die künftige Arbeit.

Enges Zusammenwirken zwischen Verband und Mitgliedsorganisationen

Die letzten Monate haben erneut gezeigt, dass die Regionalleiter*innen geschätzte Ansprechpersonen für die lokale Politik und Verwaltung sind. Sie werden als Brücke zwischen den Mitgliedsorganisationen und den regionalen Entscheidungsträger*innen verstanden. Sie verfügen über vertiefte Einblicke in die praktischen Auswirkungen politischer Entscheidungen und verwaltungstechnischer Maßnahmen auf die Angebote Sozialer Arbeit und können diese in einen übergreifenden Zusammenhang stellen. Diese Expertise gepaart mit Lösungsvorschlägen wird in Zukunft entscheidend sein, um an örtlichen Entwicklungen erfolgreich mitzuwirken.

Daniel Fuchs hebt hervor: „Damit wir als Regionalleiter*innen unsere Rolle wirksam ausfüllen können, wird die Zusammenarbeit und Mitwirkung der Mitgliedsorganisationen noch wichtiger. Dabei wird es sowohl um die inhaltliche Ausrichtung verbandlichen Handelns als auch die Prioritätensetzung und das strategische Vorgehen vor Ort gehen müssen. Wir werden uns auch dem unangenehmen Umstand stellen müssen, dass Strukturen abgebaut werden sollen. Vor diesem Hintergrund bleibt die vertrauensvolle und transparente Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und freien Trägern unabdingbar. Gleichzeitig müssen wir künftige Entwicklungen frühzeitig mit eigenen Ideen und Vorschlägen gestalten. Ziel dieses gemeinsamen Vorgehens ist es, durch verlässliche Absprachen und konkrete Vereinbarungen vor Ort mehr Planungssicherheit zu schaffen.“

Unsere Regionalgeschäftsstellen sitzen in Dresden, Leipzig und Chemnitz. Sie sind in allen sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten aktiv. Bei Fragen oder zum Austausch sprechen Sie die Kolleg*innen bitte direkt an. Alle [Kontaktdaten finden Sie hier](#).

Der Artikel erschien zuerst in der [Ausgabe September 2025 des Verbandsmagazins *anspiel*](#).